

## Haselbeck, Sebastian

---

**Von:** BMF Schmidt, Stephan  
**Gesendet:** Montag, 14. August 2017 08:33  
**An:** Franke, Peter  
**Cc:** RegITI1; VA1-BSB@bmf.bund.de; BMF von Bar, Moritz; BMF Kleinert-Braunbeck, Barbara; BMF Ernst, Carsten; ITI1\_  
**Betreff:** AW: Veröffentlichung von Gesetzentwürfen und Verbändestellungnahmen, hier: Gesetz zur Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems ab dem Jahr 2020 und zur Änderung haushaltsrechtlicher Vorschriften  
**Anlagen:** VPS Parser Messages.txt

Sehr geehrter Herr Franke,

zu dem Gesetzgebungsvorhaben zur Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems ab dem Jahr 2020 und zur Änderung haushaltsrechtlicher Vorschriften führen wir, als federführendes Ressort, die Anfrage zur Zustimmung und Veröffentlichung zentral durch.

Gerne stehe ich Ihnen für Rückfragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
Stephan H. Schmidt

---

Referat V A 1  
Finanzverfassung und Staatsorganisationsrecht  
Bundesministerium der Finanzen  
11016 Berlin  
Telefon: 030 18682 1302  
Fax: 030 18682 88 1302  
E-Mail: [Stephan.Schmidt@bmf.bund.de](mailto:Stephan.Schmidt@bmf.bund.de)

---

**Von:** [ITI1@bmi.bund.de](mailto:ITI1@bmi.bund.de) [<mailto:ITI1@bmi.bund.de>]  
**Gesendet:** Freitag, 11. August 2017 15:49  
**An:** V A 1 - BSB; Referat VA1  
**Cc:** [RegITI1@bmi.bund.de](mailto:RegITI1@bmi.bund.de); [ITI1@bmi.bund.de](mailto:ITI1@bmi.bund.de); Schmidt, Stephan (V A 1)  
**Betreff:** Veröffentlichung von Gesetzentwürfen und Verbändestellungnahmen, hier: Gesetz zur Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems ab dem Jahr 2020 und zur Änderung haushaltsrechtlicher Vorschriften

IT I 1 – 12014/1#1

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

alle Bundesministerien haben sich dazu verpflichtet, Referentenentwürfe zu federführend bearbeiteten Gesetzgebungsverfahren sowie die aufgrund der Verbändebeteiligung nach § 47 Absatz 3 GGO eingegangenen Stellungnahmen aus der laufenden 18. Wahlperiode im Internet zu veröffentlichen. Die dafür notwendigen Prozesse haben im BMI nun begonnen.

Bei der Bearbeitung gehen wir davon aus, dass Gesetzesvorhaben in Gänze vom federführenden Ressort bearbeitet werden. Dies betrifft beispielsweise das „Gesetz zur Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems ab dem Jahr 2020 und zur Änderung haushaltsrechtlicher Vorschriften“, für welches die notwendigen Maßnahmen für eine Veröffentlichung der vollständigen Dokumente in Gänze beim federführenden Ressort – dem BMF – liegen, auch wenn einzelne Artikel inhaltlich überwiegend von anderen

Ressorts bearbeitet wurden (z.B. Art. 9 „Gesetz zur Verbesserung des Online-Zugangs zu Verwaltungsleistungen“). Aufgrund Ihrer E-Mail vom 25. Juli 2017 (siehe unten) vermute ich, dass Sie das genauso sehen.

Für Nachfragen zum erwähnten, inhaltlich seinerzeit vom BMI bearbeiteten Art. 9 stehen wir selbstredend zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Peter Franke

---

Referat IT I 1 - Digitale Agenda; Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten der IT und Digitalisierung  
Bundesministerium des Innern  
Alt-Moabit 140, 10557 Berlin  
Telefon: +49 (0)30 18681-11607  
E-Mail: [Peter.Franke@bmi.bund.de](mailto:Peter.Franke@bmi.bund.de)  
Internet: [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

Reg.: z.Vg.

---

**Von:** Schmidt, Stephan (V A 1)  
**Gesendet:** Dienstag, 25. Juli 2017 11:37  
**An:** 'Marion.Wyl@bmi.bund.de'; Tegtbauer, Tatjana; 'Linke, Dorothee'  
**Cc:** 'VI2@bmi.bund.de'; StabIGA; V A 1 - BSB; Reimeier, Andreas (V A 1); Christiansen Dr., Torge (V A 1)  
**Betreff:** BLF; Veröffentlichung der eingegangenen Stellungnahmen

Liebe Kolleginnen,

aufgrund diverser IFG-Anfragen und einer erfolgten Ressortabstimmung sind die Referentenentwürfe der BLF-Gesetze sowie die dazu eingegangenen Stellungnahmen von Verbänden und Unternehmen zu veröffentlichen.

Aufgrund der Federführung des BMF zu den Gesetzesvorhaben, werden wir die Stellungnahmen zentral veröffentlichen und auch die Zustimmung zur Veröffentlichung, auch für die in Ihren Häusern eingegangenen Stellungnahmen, einholen.

Eine Auflistung der uns vorliegenden Stellungnahmen habe ich in der beigelegten Excel-Datei erstellt. Hierbei sind nur Stellungnahmen von Verbänden und Unternehmen (nicht Länder oder BRH) und nur solche mit inhaltlichen Aussagen (nicht Fristverlängerungsbitten) berücksichtigt.

Dürfte ich Sie bitten zu prüfen, ob Ihnen weitere Stellungnahmen vorliegen und ggfs. diese uns zu zusenden.

Darüber hinaus habe ich Ihnen das Musteranschreiben zur Einholung der Zustimmung beigelegt. Falls Sie dazu noch Anmerkungen haben, bitte ich Sie diese mitzuteilen.

Über eine Erledigung bis Ende der Woche wäre ich dankbar.

Viele Grüße  
Stephan H. Schmidt

---

Referat V A 1  
Finanzverfassung und Staatsorganisationsrecht  
Bundesministerium der Finanzen  
11016 Berlin  
Telefon: 030 18682 1302  
Fax: 030 18682 88 1302

E-Mail: [Stephan.Schmidt@bmf.bund.de](mailto:Stephan.Schmidt@bmf.bund.de)

< Datei: IFG BLF.xlsx >> < Datei: 170714\_Musterschreiben zur Beteiligung von Verbändenergänzt.docx >>